

Begründung:

Auf allen politischen Ebenen war der Bedarf einer weiteren Rheinquerung zwischen Köln und Bonn lange Zeit politischer Konsens. Es ist der Geschlossenheit der Region Bonn / Rhein-Sieg und dem Engagement der örtlichen Bundestagsabgeordneten zu verdanken, dass eine neue Rheinquerung als Bundesinfrastruktur in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen worden ist. Im Rahmen der frühzeitigen Bürger:innen und Verfahrensbeteiligung liegen mittlerweile zahlreiche Vorschläge und Bedenken auf dem Tisch.

Zwischenzeitlich werden 12 unterschiedliche Trassenführungen untersucht. Insbesondere die neuen südlichen Varianten führten erst zu einer späten Beteiligung der dort betroffenen Kommunen, bzw. der Kommunen die von Auswirkungen einer solchen Linienführung direkt oder indirekt betroffen wären. Die Bürger:innen beschäftigen sich in Initiativen intensiv mit dem Projekt. Man merkt deutlich, dass der Bau neuer Infrastruktur zunehmend polarisiert. Die unterschiedlichen Interessen müssen deshalb öffentlich breiter diskutiert und gemeinsam entschieden werden, wenn wir einen gesellschaftlichen Konsens herstellen wollen. Es ist daher folgerichtig, dass die Bürger:innen nicht nur am „Wie“ im Rahmen der Dialogforen, sondern auch am „Ob“ direkt beteiligt werden.

Der Bedarf einer neuen Rheinquerung ist auf allen Ebenen anerkannt und nachgewiesen. Wie bereits erwähnt war er lange Zeit auch politischer Konsens. Die Metropolregion Rheinland ist seit den 1990er Jahren kontinuierlich gewachsen – in Einwohnerzahlen, in der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer:innen, in wirtschaftlicher Sicht, aber auch aus Sicht der Verkehrsauslastung. Das Wachstum der Einwohner:innen im Rhein-Sieg-Kreis beträgt seit 1990 rund 100.000 Personen (21 %) und soll bis 2030 um weitere 30.000 ansteigen. Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist in den letzten 20 Jahren allein im Rhein-Sieg-Kreis um 50.000 (13,8%) gestiegen. Gleichzeitig hat die Anzahl der Straßenkilometer (an Bundes-, Landes-, und Kreisstraßen) kumuliert um 44 km abgenommen. Mehr Einwohner:innen, mehr Arbeitsplätze, mehr Autos und weniger Straßen, das passt auf Dauer nicht zusammen. Zumal die Region Köln bis 2040 um weitere 250.000 Menschen wachsen soll – das stärkste Wachstum einer Wirtschaftsregion in Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig ist es versäumt worden für den Individualverkehr attraktive und kostengünstige alternative Mobilitätsangebote zu entwickeln. Der Ausbau von überregionalen Radpendlerrouten geht nur schleppend voran, die Preisentwicklung im ÖPNV verschlechtert die Attraktivität und das Angebot im ländlichen Teil der Region muss noch attraktiver werden. Die ersten Schritte die Mobilitätswende im Rhein-Sieg-Kreis und der Region zu gestalten sind gemacht – hier bedarf es jedoch deutlich mehr Tempo. Auch Planungen wie die neue Stadtbahn Niederkassel- Köln werden das Verhältnis im Modal-Split positiv beeinflussen. All diese Maßnahmen setzen darauf, die

Nahmobilität und die alltäglichen Wege der Bürger:innen so attraktiv zu gestalten, dass ein Umstieg vom Auto auf andere Verkehrswege attraktiv wird.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Verkehr von Waren und Gütern weiter zunimmt.

Das Schienennetz ist in weiten Teilen an seine Kapazitätsgrenzen gekommen.

Neubaustrecken für Schieneninfrastruktur stehen ebenfalls teils großen Protesten gegenüber. Wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand durch Arbeit ziehen auch immer Verkehr (egal mit welchem Verkehrsmittel) mit sich. Die bestehenden Rheinquerungen sind zudem in die Jahre gekommen. Eine zusätzliche Rheinquerung kann hier die notwendige Entlastung bringen.

Noch ist nicht klar, welche Vorzugsvariante die Autobahn GmbH auswählt und inwiefern diese umsetzbar sein wird. Die Eingriffe in Natur und Landschaft, in den Lebensraum von Menschen und Tieren müssen mit den regionalen und überregionalen verkehrs- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen abgewogen werden.

Es bringt jedoch nichts, wenn wir als Region ein Infrastrukturprojekt in dreistelliger Millionenhöhe gegen die Mehrheit der Bevölkerung umsetzen wollen. Es ist daher folgerichtig, dass die Bürger:innen im Rhein-Sieg-Kreis über das „Ob“ einer neuen Rheinquerung entscheiden, sobald die Linienführung durch die Autobahn GmbH geklärt ist.

Klar ist, dass es sich hierbei um eine freiwillige Bürger:innenbefragung / einen freiwilligen Bürger:innen-Entscheid handelt. Hier erwarten wir von den politischen Parteien im Kreistag sowie Ihren Mandatsträger:innen in Land und Bund, dass diese das Votum eines solchen Bürger:innen-Entscheid akzeptieren und sich in den entsprechenden Gremien dafür einsetzen. Die zum Teil kontroversen Diskussionen im öffentlichen, politischen und privaten Raum zum Bau neuer Infrastruktur zeigen, dass das Thema die Menschen in unserer Region bewegt und es berechtigterweise verschiedene Sichtweisen auf eine neue Rheinquerung geben kann. Diese Diskussion geht quer durch alle gesellschaftlichen und politischen Strukturen, so dass der Souverän hier klar seine Meinung zum Ausdruck bringen sollte.

Voraussichtlich im Herbst 2021 wird die Autobahn GmbH die Pläne für die Vorzugsvariante vorstellen und somit Klarheit über die Linienführung einer möglichen neuen Rheinquerung zwischen Köln und Bonn schaffen. Alle Verfahrensbeteiligten haben dann ausreichend Zeit ihre Position deutlich zu machen, so dass Befürworter:innen und Gegner:innen des Projektes die Menschen für ihre jeweilige Position überzeugen können. Um die Kosten eines solchen freiwilligen Bürger:innen Entscheides so gering wie möglich zu gestalten, wollen wir diesen am Tag der Landtagswahl 2022 durchführen.

Der Rhein-Sieg-Kreis schlägt mit einem solchen Vorgehen einen neuen Weg an Transparenz und Offenheit in der politischen Diskussion ein und bietet den Bürger:innen die Chance zur aktiven Teilhabe an der politischen Willensbildung.